Walter Heinemeyer

Die Territorien zwischen Reichstradition, Staatlichkeit und politischen Interessen

„E. F. G. soll unser papst und Kayser seyn“ schrieben die Bauern des nordhessischen Dorfes Balhorn im Jahre 1523 an den Landgrafen Philipp von Hessen, indem sie ihn baten, ihnen anstelle des vom Kloster Hasungen zugewiesenen Pfarrers, weil er Gottes Wort nicht verstehe, einen anderen tüchtigen Priester zu schicken¹. Am Vorabend des Bauernkrieges und vor Philipps Anschluß an die Reformation personifizierten Untertanen seines kleinen, unbedeutenden Fürstentums die höchste kirchliche Autorität und die höchste weltliche Macht mit ihrem Landesherrn; in ihren Augen stand er geistlich und weltlich an der Spitze der Christenheit.

Nach einem 400jährigen Ringen, dessen Anfänge im 12. Jahrhundert lagen und das oft um Sein oder Nichtsein in dramatischer Wucht mit konkurrierenden Nachbarn geführt wurde, schienen die deutschen Territorialfürsten mit der vollendeten Staatlichkeit der Herrschaft ihr letztes Ziel erreicht zu haben. Natürlicher Ehrgeiz, Eigennutz und dynastisches Denken hatten den Übergang vom Personenverband zum Flächenstaat bewirkt und Rechte der verschiedensten Herkunft zur Landeshoheit verdichtet. Dabei ist zumeist nicht ein geradliniges Fortschreiten über Generationen hin zu beobachten; unerwartete Zufälle, Rückschläge und Umwege gab es die Fülle, und oft täuscht der geschichtliche Ablauf der Ereignisse und Entwicklungen dem Historiker eine Folgerichtigkeit des geschichtlichen Prozesses vor, die es in Wahrheit nicht gab. Zumal das biologische Schicksal der herrschenden Fürstengeschlechter war unberechenbar. Fast immer erschütterten das Aussterben einer Dynastie und der Übergang des Erbes an die Nachfolger das Territorium, gefährdeten den bisher erreichten Zustand und führten zu neuen territorialen Einheiten. Nicht nur die Habsburger wußten das Mittel der fürstlichen Heirat ihrer Hausmachtspolitik dienstbar zu machen. Aber das dynastische Denken war nicht primär auf den Nutzen des Landes gerichtet. Eine ehrenvolle und reiche Heirat konnte auch dazu führen, daß der Landesherr sein Fürstentum unter den Söhnen teilte. Nur in wenigen Territorien hatten sich die für die Kurfürstentümer seit der Goldenen Bulle geltenden Grundsätze der Unteilbarkeit und des Erstgeburtsrechtes durchgesetzt. Beherrschend blieb der alte deutsche Brauch, das Territorium wie einen Bauernhof real oder zumindest ideell zu teilen. So überzog ein bunter Flickenteppich zu Beginn des 16. Jahrhunderts das deutsche Reichsgebiet. Der politische Einfluß der materiell und militärisch schwachen kleinen Territorien war ge-

¹ *W. Schmitt*, Die Synode zu Homberg und ihre Vorgeschichte 1526–1926 (1926) 100.

ring. Ihre Herren widmeten sich mehr oder weniger verantwortungsbewußt dem inneren Ausbau ihrer Länder, gaben sich im übrigen mit Leidenschaft den unerschöpflichen Streitigkeiten und langwierigen Prozessen mit den Nachbarn um Grenzen und allerlei Rechte hin. Kein Wunder, daß der in Wahrheit universale Kaiser Karl V. die von der Enge ihrer Herrschaft und von ihrem kleinlichen landesfürstlichen Eigennutz geprägten Reichsfürsten tief verachtete, schließlich zu seinem eigenen Schaden. Landgraf Philipp nahm nicht nur seinen vom Schwäbischen Bund vertriebenen Vetter Herzog Ulrich von Württemberg an seinem Hofe auf, sondern führte ihn 15 Jahre später sogar mit Waffengewalt gegen Habsburg in sein Land zurück; seine Hilfe für Ulrich begründete er einmal so²: „... das haben wir darumb gethan, das sein lieb unser verwanter, freund und vetter ist und unser vatter mit seiner lieben vatter in grosser freundschaft und gesellschaft gestanden und gelebt, auch unser eldermutter eine von Wirtemberg gewesen ist“. Kurfürst Moritz von Sachsen verschwor sich mit Landgraf Wilhelm IV. von Hessen, verbündete sich sogar mit König Heinrich II. von Frankreich, um seinen Schwiegervater Philipp von Hessen zu befreien³, „... wie dan unser schweher, vatter und freund der landgrave zu Hessen über aufgerichte capitulation, auch bescheener zusage und handlung mit unpillicher gefengnus beschwert und darin bis ins funfte jar uns allen zu schimpf und spott enthalten“. Ja die Fürsten scheuten sich nicht, nach der Person ihrer kaiserlichen Majestät zu greifen⁴: „Furter wöllen wir rucken nach des keyzers person“. Unfaßbar für Karl, der alle Warnungen in den Wind schlug und sich nur durch eilige Flucht von Innsbruck in das Pustertal retten konnte.

Anders als die weltlichen Territorien verfügten die geistlichen Fürstentümer naturgemäß nicht über die dynastischen Möglichkeiten der Territorialpolitik, unterlagen andererseits aber auch nicht ihren Gefahren. Auch sie hatten seit dem Wormser Konkordat die Landeshoheit auszubauen vermocht und sich zu festen territorialen Einheiten entwickelt. Aber sie waren ihrem Wesen nach anachronistische Gebilde, viele von ihnen, wie der Aufstand der Bauern zeigte, innerlich krank.

Insbesondere die weltlichen Territorien waren bemüht, ihre äußere und innere Unabhängigkeit, die fürstliche „Libertät“, gegenüber Kaiser und Reich auszubauen, die eigene Staatlichkeit weiter zu entwickeln. Hinderlich war dabei die aus dem Mittelalter ererbte, stets quälende Finanznot. Längst reichten die Einnahmen aus der landesherrlichen Grundherrschaft nicht mehr für die steigenden Kosten der wachsenden Verwaltung, der Außenpolitik und des Militärs aus. Unablässig drehte sich das Rad über Ausgabe, Wiedereinlösung und erneute Vergabe von Pfandschaften, von denen nicht wenige schließlich uneingelöst dem Pfandleiher zufielen. Grotesk zu sehen, daß

² Schreiben des Landgrafen Philipp von Hessen an Herzog Christoph von Württemberg vom 4. Aug. 1533, Entwurf. *W. Heinemeyer*, Politisches Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen, Inventar der Bestände 3 (Veröff. der Hist. Kommission für Hessen und Waldeck 24, 1) (1954) Nr. 3055.

³ Im Vertrag von Chambord vom 15. Jan. 1552. Zitiert nach dem hessischen Vertragsexemplar. *F. Kück*, Politisches Archiv des Landgrafen Philipp 1 (Publ. aus den K. Preuß. Staatsarchiven 78) (1904) Nr. 1052.

⁴ Ebd.

Landesherrn nicht selten genötigt waren, ihre Beamten durch Vergabe von Pfandschaften zu besolden und sogar das Gehalt gleich als Darlehen einzubehalten. Besser waren jene Territorien daran, die etwa an den rheinischen Zolleinnahmen teil hatten. Drückend die Abhängigkeit von den Landständen, denen das Recht zukam, Sonderausgaben zu bewilligen, und die sich zumeist nicht versagten; „Landtage wurden Zahltag“. Die Reichsstände ihrerseits bewilligten dem Kaiser die beantragten Geldmittel für den Türkenkrieg. Der Reichstag gestattete ihnen seit 1530, für die ständig wachsenden Anforderungen ihre Untertanen heranzuziehen. Wohl hatten Könige und Reichsfürsten schon im Mittelalter im Falle der Landesnot auf die Hilfsmittel der Klöster und Stifte zurückgegriffen. Aber es ging weit darüber hinaus, wenn der Schwäbische Bund während des Bauernkrieges eine Anlage von 182 000 Gulden ausschrieb und seine Stände ermächtigte⁵, die Summe an Geld oder Silber „bey irn gaistlichen stifften, capitteln, clöster und pfarren, under inen gesessen, an munsteranzen und anderen gezierden von silber aufzubringen“, und diese daraufhin ihre Klöster mit einer Zwangsanleihe belegten. Kein Wunder, daß wohl alle Landesfürsten während des Bauernkrieges begehrt auf die damals verlassenen oder gefährdeten Klöster und Stifte schauten. Hatte doch schon 1523 der altgläubige Herzog Bogislaw X. von Pommern als erster ein Kloster vollständig säkularisiert und den reichen Besitz dazu verwandt, seine großen Schulden zu mindern.

Der eingangs zitierte geradezu programmatische Satz der Bauern von Balhorn besagt freilich nicht, daß die Untertanen des ganzen Hessenlandes – und das gilt auch für die anderen Fürstentümer – bereits von einem einheitlichen Staatsgefühl erfüllt gewesen seien. Es gilt allenfalls für die seit Jahrhunderten bestehende Einheit der hessischen Kernlande und ihrer Herrschaft. Einigendes Band der seit Jahrhunderten zusammengewachsenen Landesteile verschiedener Herkunft war allein der Landesherr. Auch er selbst empfand sein Territorium als eine Einheit weniger im staatlich-politischen als im privatrechtlichen Sinne. Meist ließ er die einzelnen Landesteile durch Beamte mit „vizeköniglicher“ Gewalt verwalten.

Politische, militärische und administrative Führungshelfen der Könige und Fürsten waren im hohen Mittelalter neben den Geistlichen vorzüglich die der Unfreiheit entstammenden Ministerialen gewesen. Sie wurden im späten Mittelalter durch Angehörige des niederen Adels fortgesetzt. Wir finden diese Gesellschaftsschicht ebenso an den fürstlichen Höfen, in der landesherrlichen Regional- und Lokalverwaltung wie als Dom- und Stiftsherren in der kirchlichen und weltlichen Verwaltung der geistlichen Fürstentümer. Wohl waren die Landesfürsten des 16. Jahrhunderts auch deshalb bemüht, den Landadel in ihren Dienst zu ziehen, weil die Ritterschaft in dem dualistisch aufgebauten Territorialstaat der einflußreichste Stand war. Aber gerade darum waren die Beziehungen zwischen Landesherrn und Ritterschaft nicht selten unterkühlt. Der Landgraf von Hessen vergaß zeitlebens nicht, daß Angehörige seines Adels in der Sickingenschen Fehde der aufständischen Reichsritterschaft zuneigten und Jahre hindurch zur landesherrlichen Regierung in Opposition standen. In ihr saßen zunehmend seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert anstelle der adligen Räte Räte meist bürgerlicher

⁵ Ebd. Nr. 140.

Herkunft, die an den Universitäten studiert hatten, oft über eine umfassende Allgemeinbildung verfügten und sogar den Humanistenkreisen nahe standen. Viele von ihnen hatten gründlich das römische und das kanonische Recht studiert, einen akademischen Grad erworben oder waren zum kaiserlichen Notar ernannt. Sie standen zu ihrem Landesherrn in einem persönlichen Dienstverhältnis. Der „gemeine Nutz“, die „res publica“, stand im Mittelpunkt ihres Denkens. Sie begründeten die neuen Strukturen der landesherrlichen Verwaltung und schufen die Grundlagen des modernen, absolutistisch ausgerichteten Staates. Hier bildete sich eine neue, die Territorien überschreitende Schicht von Berufsbeamten, die sich gegenseitig förderten und ein eigenes Standesbewußtsein entwickelten; auch des Kaisers hervorragende Ratgeber Gattinara und Granvelle, Vater und Sohn, sind hier zu erwähnen. Meist waren sie ihrem Herren treu ergeben. Ausnahmen wie der sächsische Vizekanzler Dr. Otto v. Pack, dessen betrügerische Machenschaften Kursachsen und Hessen an den Rand eines Krieges mit den Bistümern Bamberg, Mainz und Würzburg brachten, waren selten. Für den hohen geistigen Rang vieler dieser Beamten mag das schöne Wort des hessischen Kanzlers Feige stehen, der sich auch um die Gründung und Anfänge der Universität Marburg bleibende Verdienste erwarb: „Die Wissenschaften können so wenig untergehen, als die Sonne jemals aus der großen Welt verschwinden kann. Ohne sie kann keine Gesellschaft der Menschen noch irgendeine Weise des Lebens bestehen“.

Nicht Kaiser und Reich, sondern die territorialen Mächte haben jene staatsbildenden Kräfte hervorgebracht, die das Schicksal des deutschen Volkes für die Zukunft bestimmten und nachwirkend noch heute mitbestimmen, und das gilt besonders auch für die seit dem Spätmittelalter zu eigenen staatlichen Einheiten zusammengewachsenen, später abgesplitterten Randgebiete des Reiches. Die meisten Territorien verfügten nur über eine geringe Machtbasis. Die Politik ihrer Dynastien war immer auf den Erwerb weiteren Landbesitzes ausgerichtet gewesen. Auch wenn das dynastische Besitzstreben künftighin lebendig bleibt, so schob sich doch das planmäßige Bemühen immer mehr in den Vordergrund, den bisherigen Landbesitz sinnvoll abzurunden und zu verbinden, zum wirklichen Flächenstaat zu verdichten. Bei den geistlichen Fürstentümern stand der territoriale Streubesitz in sichtbarem Gegensatz zum Flächencharakter der Bistümer und Erzbistümer. Ihnen stellte sich ganz von selbst das Ziel, Territorium und Diözese in Übereinstimmung zu bringen. Um Macht und Besitz ging es den geistlichen Fürstentümern nicht anders als den weltlichen Territorien. Wo sie sich überschnitten und also den Kampf um die künftige staatliche Gestaltung des Raumes führten, befand sich der geistliche Fürst dank seiner Doppelstellung als kirchlicher Oberer und Territorialherr in einem entschiedenen Vorteil. Unübersehbar vor allem die staatsbildenden Möglichkeiten, die die geistliche Gerichtsbarkeit bot, wie denn die Gerichtsbarkeit während des ganzen Mittelalters der sichtbarste Ausdruck staatlicher Herrschaft war. Aufs ganze gesehen hat weder der militärische noch der machtpolitische Kampf so tief in das Leben der Angehörigen aller Bevölkerungsschichten wie die Auseinandersetzung um die Gerichtsbarkeit eingegriffen. Die geistliche Gerichtsbarkeit war bei den Untertanen verhaßt und ließ dadurch die Sache des weltlichen Herrschers zur Sache der Untertanen werden, gab dem weltlichen Lehnsmann in den Augen der Untertanen den Vorzug vor dem kirchlichen Lehnsherren. Dabei liefen die

Versuche der geistlichen Fürsten und ihrer gerichtlichen Instanzen, die geistliche Gerichtsbarkeit weiter auszudehnen, mit dem Bemühen der weltlichen Herren, sie um des inneren Ausbaus ihres Staatswesens willen zurückzudrängen, parallel. Es war nur eine Episode, daß der Landgraf von Hessen 1347 vom Erzbischof von Mainz die Zusage erhielt, daß Klöster und Geistliche in weltlichen Streitfällen seiner Gerichtsbarkeit unterlägen sowie daß die landgräflichen Untertanen nur noch in geistlichen Angelegenheiten vor das geistliche Gericht gezogen würden. Und doch wurden damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Klöster und Weltklerus in das weltliche Territorium einbezogen wurden. Indessen sollte es noch 200 Jahre dauern, bis sich der Erzbischof von Mainz 1529 zum vollständigen Verzicht auf die geistliche Gerichtsbarkeit in Hessen entschließen konnte, von der unter den gänzlich veränderten kirchlichen Verhältnissen indessen ohnehin niemand mehr Notiz nahm. Übrigens sollte nicht übersehen werden, daß schon 100 Jahre zuvor in den hin und her wogenden Auseinandersetzungen ein wirtschaftlicher Gesichtspunkt von dem weltlichen Territorialherren geltend gemacht wurde: Landgraf Ludwig I. von Hessen klagte 1424 in seinen Beschwerden über die Ladung von Laien an die geistlichen Gerichte⁶: seine Leute würden dabei derartig betrogen, daß er den Schaden, den das Land dadurch erlitt, auf mehr als 3000 Gulden jährlich veranschlage; der Gottesdienst würde leichtfertig bei ganz geringen Vergehen niedergelegt; wenn nur ein einziger Mensch in den Bann getan wäre, würde dieser sofort auf die ganze Gemeinde ausgedehnt, was wohl lediglich der hohen Absolutionskosten wegen geschehe; um die Absolution zu erlangen, müsse er jedem Richter geben, was er verlange; er kenne keine Sache, sie sei noch so weltlich, welche die geistlichen Richter nicht vor ihr Forum zögen; der Landgraf wisse recht wohl, daß das alles nur des Geldes und der Bedrückung wegen geschehe. Hier zeigt sich das Bemühen, das Land zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufügen und den Abfluß des Geldes über die Grenzen zu verhindern. Ob die Vorwürfe nun im einzelnen zutrafen, bleibe dahingestellt. Aber es entsprach der allgemeinen Lage im Reich, daß auf demselben Reichstag zu Worms 1521, auf dem sich Mainz und Hessen über die geistliche Gerichtsbarkeit nicht einigen konnten, die Stände dem Kaiser in ihren „Beschwerden der deutschen Nation“ im gleichen Sinne „Von den erzpriestern, offiziellen und andern gaistlichen richtern und gerichtspersonen“⁷ klagten. Und noch ein letztes in diesem Zusammenhang: War es das Bestreben geistlicher Landesherren, Territorium und Diözese in Übereinstimmung zu bringen, so bemühten sich weltliche Landesherren, für ihr Territorium die kirchliche Zuständigkeit auf ein einzelnes Bistum zu beschränken, indem andere Bischöfe mit allen ihren Kompetenzen einschließlich der geistlichen Gerichtsbarkeit hinausgedrängt wurden. Ergebnis wäre das eigene Landesbistum gewesen; ein Ziel, das später mit dem Aufbau der evangelischen Landeskirchen in freilich unerwarteter Weise und in anderem Geiste verwirklicht werden konnte.

⁶ E. Happe, Studien zur Geschichte des Kampfes um geistliches Recht und Gericht in Hessen (Diss. Masch. Marburg 1923).

⁷ Deutsche Reichstagsakten jüngere Reihe 2, bearb. von A. Wrede (1896), Nr. 96 Art. 73–102 S. 694–704.

Alles in allem muß den Untertanen das sich über viele Generationen hinziehende Ringen um die äußere Gestalt der Territorien und um den Ausbau der Landeshoheit als ein immerwährender Bürgerkrieg erschienen sein, dessen letzter Sinn ihnen und gewiß auch manchem der beteiligten Politiker verborgen blieb.

Weitsichtige Landesherren beschränkten sich nun keineswegs auf den Kampf um die äußere und innere Unabhängigkeit ihrer Territorien, sondern gingen planmäßig daran, das Rechtswesen ihres Landes zu ordnen, und das heißt zunächst, Recht und Rechtsprechung zu vereinheitlichen. So mündet der Kampf gegen die geistliche Gerichtsbarkeit in die allgemeine Reform und den weiteren Ausbau des weltlichen Rechtswesens in den Territorien ein. Der Grundsatz „Geistliche Sachen an geistliche Gerichte und weltliche Sachen an weltliche Gerichte“ stand an der Spitze der ersten für ganz Hessen gültigen Gerichtsordnung, die 1455 Landgraf Ludwig I., von Enea Silvio „*legum cultor*“ genannt, erließ⁸. Aber lange noch galt der gewohnheitsrechtliche Rekurs an die geistlichen Gerichte im Falle offener Rechtsverweigerung durch ein weltliches Gericht oder bei Widerspenstigkeit einer verurteilten Partei. Am Ende des Jahrhunderts wurde das neu geordnete Reichskammergericht als Appellationsinstanz für die territorialen Gerichte und bei Rechtsverweigerung auch als weltliche erste Instanz allgemein anerkannt. Aber gerade die Tätigkeit des Reichskammergerichts regte die Landesherren an, eigene Gerichtsordnungen zu erlassen und eigene zentrale Hofgerichte zu schaffen. Den Untertanen wurde unter Strafe verboten, bei „ausländischen“ weltlichen oder geistlichen Gerichten Klage zu erheben. Wie das Reichskammergericht verfügten die territorialen Hofgerichte über festen Amtssitz, schriftlich festgelegte dauerhafte Gerichtsordnung, gelehrte Richter und Beisitzer statt der herkömmlichen Schöffengerichte. Damit wurden zum ersten Male für ein ganzes Land zuständige Gerichte geschaffen, die jederzeit als Appellationsinstanz und im Falle der Rechtsverweigerung als erste Instanz tätig werden konnten. Neben der Zentralisierung der Justiz empfand die Landesherrschaft das Bedürfnis, die arg zersplitterten Rechtsgewohnheiten zu vereinheitlichen. Hier konnte ebenfalls das Reichskammergericht als Vorbild dienen. Es begann der Siegeszug des römischen Rechtes. In der Bevölkerung aber, sowohl bei den Bauern wie bei dem Adel, stießen die neuen Rechtsordnungen auf heftigen Widerstand. Das römische Recht wurde als fremd empfunden – das galt besonders für das Ehe- und Erbrecht – ; es brachte unmittelbar materiellen Nachteil, weil es gelehrte Gerichtspersonen anzustellen zwang und dadurch höhere Kosten verursachte. Der Kampf der Bauern für das alte und das göttliche Recht richtete sich gegen das Recht der territorialen Obrigkeiten. Das Reichskammergericht hat trotz seiner schleppenden Prozeßführung, über die ebenso wie bei den neu errichteten zentralen Gerichten der Territorien geklagt wurde, viel zum Gewaltverzicht langwierig und hartnäckig prozessierender Landesfürsten des 16. Jahrhunderts beigetragen. Klagen der Restkonvente säkularisierter Klöster und Stifte bei dem Reichskammergericht sind in der Folgezeit den protestantischen Reichsständen höchst unerwünscht und lästig geworden.

⁸ Hessische Landes-Ordnungen 1 (1766) Nr. 6 S. 10 ff.

Als ein wesentlicher Teil der Landeshoheit entwickelte sich seit dem 14. Jahrhundert die landesherrliche Kirchenhoheit. Die obrigkeitlichen Befugnisse der Landesherren über die Klöster gingen wohl durchweg auf die mittelalterliche Schutzvogtei zurück, die sich in älterer Zeit aus dem Eigenkirchenrecht entwickelt hatte. Schutz und Gerichtsbarkeit ließen Herrschaft entstehen und brachten wirtschaftliche Vorteile. Daher das Bemühen der Landesherren, möglichst viele Klostervogteien in ihrer Hand zu vereinigen; am Ende des 15. Jahrhunderts unterlagen z. B. fast alle nordhessischen Klöster der landgräflichen Vogteigewalt. Weniger folgenreich war die Schirmvogtei, z. Bsp. am Niederrhein, an der Weser, in Hessen und in Mecklenburg als eine Abart der Vogtei. Sie war eine Schutzherrschaft über Klöster außerhalb des eigenen Herrschaftsbereiches gegen ein besonderes Entgelt und diente als ein willkommenes Mittel, benachbarte Landesherren vom möglichen Zugriff auf das Schutzgebiet abzuhalten, sie zu neutralisieren. Immerhin ließ sie erkennen, wie weit sich das Kraftfeld der Territorien über das eigentliche Herrschaftsgebiet auszudehnen begann, bereitete hier und da wohl auch auf lange Sicht die spätere Aufnahme von Klöstern in das weltliche Territorium vor. Eine zweite Stütze der landesherrlichen Kirchenhoheit war der Kirchenpatronat. Auch er war seit dem 12. Jahrhundert aus dem weltlichen Eigenkirchenrecht erwachsen und zumeist auf die grundherrlichen Kirchen des Landesherrn beschränkt. Die rechtlichen Kompetenzen waren gegenüber der Vogteigewalt verhältnismäßig gering, sicherten dem Patronatsherrn aber durch das Recht, den Pfarrer vorzuschlagen, erwünschten Einfluß auf die Pfarreien. Verständlich also, daß die Landesherren sich um möglichst viele Patronate bemühten.

Besonders die Vogteigewalt schien den Landesherren das Recht und die Pflicht zu gewähren, sich, wenn nötig, in die inneren Angelegenheiten der Konvente und Kapitel einzumischen. Anlaß boten vor allem die häufigen Klagen über grobe Verstöße gegen die Klosterzucht. Wie weit sie berechtigt waren, ist sicherlich vom Einzelfall abhängig. Unleugbar aber ist, daß der Ruf nach Klosterreform in den deutschen Territorien des 15. Jahrhunderts allgemein erhoben wurde. Herzog Wilhelm III. von Sachsen ließ 1446 als Landgraf von Thüringen in Verbindung mit seinen Ständen eine Landesordnung, die in Wahrheit eine Kirchenordnung war, ergehen⁹, daß „alle geistlich Closter in vnsern Landen reformiret vnd wider zcu redelicher geistlicher Regirung bracht werdin, ein iglichs nach Ußatzungen vnd Regeln sins Ordins. Auch daz die Wertlichin Prister sich Pristerlich vnd Gotlich haldin vnd czihen vnd sich in keinen Sachen vngeborlichin finden laßin, dadurch Ir Pristerliche Wirdikeit vnd Wesin mocht geschwecht werdin; wilcher sich aber durch enich Sache vnerbarlich vnd vnpristerlich hilde, so suldin Wir mit allem Flisse daran sind vnd schaffin, daß der gestrafft vnd gerechtuertiget würde, als sich gehöret, vnd daz auch selbst tun, als vil Wir dez zutunde habin“. Kurz danach ließ Herzog Wilhelm durch Räte und Geistliche eine umfassende Verordnung für die Reform der Benediktinerklöster ausarbeiten. Dabei fällt auf, daß er weder den Papst noch den Bischof auch nur erwähnt. Allgemein aber ist festzustellen, daß die deutschen Landesherren im 14. und 15. Jahrhundert mit der Kurie zusammen über die Bischöfe hinweg oder gegen sie handelten. Die „Fürstenkonkordate“, mit de-

⁹ J. J. Müller, *Das Reichstags-Theatrum unter Kaiser Maximilian I.*, 2. Teil (o.J.) 87.

nen die Päpste Eugen IV. und Nikolaus V. die zur römischen Obödienz zurückkehrenden deutschen Fürsten belohnten, enthielten landeskirchliche Zugeständnisse, wie etwa das brandenburgische Konkordat von 1447: Starke Zurückdrängung der geistlichen Gerichtsbarkeit, Aufsichtsrechte gegenüber den Klöstern, Ernennung der Bischöfe der drei Landesbistümer; sie bereiteten geradezu die evangelische Landeskirche vor. Die schwierige politische und finanzielle Lage der Kirche in den beiden Schismen des 14. und 15. Jahrhunderts und der Streit um die konziliare Bewegung bereiteten den Weg für das immer wieder beobachtete Entgegenkommen gegenüber den deutschen Landesherren; die Kurie brauchte sie. Und diese ließen sich die Reform ihrer Klöster etwas kosten! Landgraf Wilhelm der Jüngere von Hessen entsandte 1498 seinen Rat Balthasar Schrautenbach nach Rom – seine kulturgeschichtlich wertvolle Reise-rechnung liegt noch heute vor¹⁰ –, nachdem er schon fünf Jahre zuvor brieflich Papst Alexander VI. beim Versagen des geistlichen mit dem weltlichen Schwert gedroht hatte¹¹: „... compellarque exercere potestatem secularis gladii, si spiritualis, quam diu quesivi, negabitur...“. Ganz entsprechend hatte 1489 der päpstliche Legat Raymund die Prioren zweier hessischer Prämonstratenserstifte aufgefordert, vier Frauenstifte zu reformieren¹²: „... et si opus fuerit, auxilium brachii secularis ad hoc ... invocetis“.

Schon im Verlaufe des 15. Jahrhunderts waren vielfach die Vogteirechte in die umfassende Landeshoheit eingeschmolzen, das landesherrliche Kirchenregiment ein Teil derselben geworden. Die Klöster gewöhnten sich daran, Streitigkeiten untereinander und mit ihren Hintersassen vor den landesherrlichen Gerichten auszutragen. An sie wandten sich naturgemäß auch die Stadtklöster und die städtischen Behörden in ihren vielfältigen Auseinandersetzungen um echte oder angemaßte klösterliche Privilegien: die Steuerfreiheit der Klöster war ein besonderes Ärgernis der Städte, nicht weniger der überhandnehmende kirchliche Grundbesitz, dem Städte und Landesherren durch Erwerbsverbote für die „Tote Hand“ zu begegnen suchten; dazu kam die oft drückende wirtschaftliche Konkurrenz der Klöster für die städtischen Gewerbe. Die Auswüchse der Ablassverkündigung seien nur am Rande erwähnt: Ablässe konnten wie moderne Wechsel behandelt werden. Aber auch die Streitigkeiten mit ihren Klöstern um Rechte und um Reformen beeinträchtigten nicht die landesherrliche Fürsorge für sie. Noch im 15. Jahrhundert wurden neue Klöster gegründet, bestehende Klöster wie früher beschenkt. Gewisse Orden erfreuten sich der Beliebtheit bei manchen Fürsten und ihren Familien. Nur selten mischten sich Landesherren in dogmatische Streitigkeiten oder Richtungskämpfe der Orden ein. Manchen gelang es, eine Art landesherrliche Klostersvisitation einzurichten. An ihrer Rechtgläubigkeit bestand kein Zweifel, und ihre Reformversuche waren ernst gemeint, auch wenn sich damit territorialpolitische Absichten verbanden. Als im 15. Jahrhundert die moralischen Kräfte der Kirche nachließen und alle Reformversuche im Rahmen des Reiches scheiterten, begannen die Landesherren, um der allgemeinen Landeswohlfahrt willen sich in das früher der

¹⁰ StA Marburg, Bestand 2, Politische Akten vor Philipp, Papst.

¹¹ 6. Febr. 1493, Entwurf StA Marburg, Samtarchiv Schublade 6 Nr. 57.

¹² StA Marburg, Samtarchiv Schublade 6 Nr. 56.

Kirche vorbehaltene Gebiet des sittlichen Lebens ihrer Untertanen einzumischen. Sie sahen es als ihre Pflicht an, über Zucht und Sittlichkeit zu wachen. So erließen sie Gesetze, die Ehe, Kindtaufe und Hochzeit regelten, Spielen, nächtliches Herumtreiben, übermäßige Gastereien verboten. Noch bei dem Übergang zur Reformation wurden hier und da die fast 100 Jahre alten Landesordnungen bestätigt; neu war jetzt, daß in das Erziehungswerk des Staates auch die Pfarrer einbezogen wurden. Der Landesherr wies der Kirche ihre Aufgabe im Rahmen des christlichen Staates zu und schickte sich zugleich an, sie bis in die Pfarreien hinunter zu regieren.

Hier stellt sich von selbst die Frage nach dem Schulwesen und nach der Landeswohlfahrt in den deutschen Territorien. Sie ist leicht zu beantworten. Von Kloster- und Stiftsschulen abgesehen, wurden die Schulen – meist Latein-, nur selten deutsche Schulen – von den Städten unterhalten, ohne daß die Verbindung zur Kirche verlorengegangen wäre, ohne daß aber Religionsunterricht erteilt wurde. Die Reformation hat aus mehreren Gründen zunächst den Verfall der Schulen bewirkt. Gegen ihn wandten sich die Reformatoren, besonders Luther und Melanchthon, energisch mit dem Ergebnis, daß allenthalben christliche Schulen neu entstanden und die humanistische Bildung Eingang fand. Das Fürsorgewesen – Hospitäler, Siechen- und Leprosenhäuser – war seit dem 14. Jahrhundert fast ganz in die Zuständigkeit der Städte übergegangen. Erst in der Reformation nahmen sich manche Landesherrschaften im Rahmen des „gemeinen Nutz“ des Fürsorgewesens an; Hessen ging mit der Reform der städtischen Hospitäler und mit der Gründung von vier Landeshospitälern aus säkularisierten Klostergebäuden, den ersten überhaupt, auf dem Wege zur staatlichen Landeswohlfahrt bemerkenswert planmäßig voran.

Anders stand es mit den Universitäten. Seit Karl IV. in Prag die erste Universität im Reich gegründet hatte, waren zahlreiche Landesherren und sogar Städte seinem Beispiel gefolgt. Begreiflich: Mit dem politischen, administrativen und geistig-sittlichen Ausbau der Territorien entstand der Wunsch, eine eigene Universität zu besitzen. Vor allem die protestantischen Fürsten, Landgraf Philipp von Hessen als erster, wünschten, ihre landesherrlichen Bediensteten und ihre Pfarrer, für die die Universitätsbildung nunmehr vorgeschrieben wurde, an der eigenen Universität auszubilden. Zwar war die Frage strittig, ob und inwieweit die Landesherren überhaupt berechtigt waren, Universitäten zu gründen, insbesondere Theologische und Juristische Fakultäten einzurichten. Doch hat angeblich Maximilian I. auf dem Wormser Reichstag von 1495 die Kurfürsten ermahnt, ein jeder solle in seinem Lande eine Universität errichten. Später gab es Überlegungen, jeden Reichskreis mit einer Universität auszustatten. Unumgänglich erschienen den mittelalterlichen Universitätsgründern die Bestätigung durch päpstliche und kaiserliche Privilegien; denn nur die päpstliche und die kaiserliche Autorität gewährleisteten, daß die von den Universitäten verliehenen akademischen Grade allgemein in der Christenheit anerkannt wurden. So hat sich auch Landgraf Philipp Jahrzehnte lang um die kaiserliche Bestätigung seiner Marburger Universität, der ersten evangelischen überhaupt, bemüht, während er auf ein päpstliches Privileg naturgemäß keinen Wert legte; er erreichte sie, als sich das Verhältnis zum Kaiser vorübergehend gebessert hatte.

Nehmen wir alles in einem, so stellen wir fest: Die Staatlichkeit der deutschen Ter-

ritorien war zu Beginn des 16. Jahrhunderts bereits so weit entwickelt, daß sie sich dem fürstlichen Absolutismus zu nähern begann. Mehrere Generationen lang hatten die Reichsstände von den Kaisern Friedrich III. und Maximilian I. die Reform des Reiches verlangt. Tatsächlich stellten die Maximilian abgerufenen Reformmaßnahmen – der Ewige Landfriede, das Reichskammergericht, der Gemeine Pfennig, das Reichsregiment, die Reichskreise – wesentliche Verbesserungen dar. Aber ihnen fehlten zu meist die erforderlichen dauerhaften Verwaltungseinrichtungen und die regelmäßigen finanziellen Mittel. Schlimmer noch: Weder Maximilian noch sein Enkel und Nachfolger Karl V. war, wie ich meine, an den Reformen interessiert. Für die Territorien kamen sie zu spät; denn diese waren nicht bereit, auf Rechte zu verzichten, die ihnen im Laufe der Zeit zugewachsen waren. So wurde die fürstliche „Libertät“ zum Mittelpunkt ihrer künftigen Politik.

In der Fülle der Aufgaben, denen sich der junge Kaiser Karl gegenüber sah, traten die Reichsreform, die Beschwerden der deutschen Fürsten über die römische Kurie und die Glaubenssache des sächsischen Augustinermönches Martin Luther durchaus hinter den großen Fragen der europäischen Politik des Hauses Habsburg zurück; und für sie brauchte er die deutschen Fürsten. Gewiß rechnete er nicht damit, daß das Wormser Edikt, das Luther in die Acht tat, seine Lehre verdammt und alle kirchlichen Änderungen untersagte, auf den entschiedenen Widerstand des deutschen Volkes stoßen würde. Schlimmer noch: Bald nach dem Wormser Reichstag zog sich Karl, ganz seinen europäischen Plänen hingegen, nach Spanien zurück. Die Verantwortung für das Reich überließ er dem Reichsregiment und seinem Bruder Erzherzog Ferdinand; der aber stand nicht nur dem kaiserlichen Bruder loyal gegenüber, sondern hatte als Herr der habsburgischen Erblande auch eigenen territorialen Notwendigkeiten zu folgen.

In den folgenden acht Jahren der Abwesenheit des Kaisers verschob sich das politische Schwergewicht im Reiche weiter zugunsten der Stände. Nicht das ohnmächtige Reichsregiment, sondern die Landesfürsten warfen die Aufstände Sickingens, der Bauern und später der Täufer in Münster nieder, stellten die alten Ordnungen wieder her und nutzten ihre Siege zum weiteren Ausbau der Landeshoheit. In diesen ihre Existenz bedrohenden sozialen Unruhen standen alt- und neugläubige Fürsten auch militärisch zusammen. Aber der Streit um das Wormser Edikt hatte schon bald nach seiner Verkündigung begonnen, sie insgesamt zu trennen, Gleichgesinnte in Verteidigungsbünden zu gruppieren. Die Verantwortung in der Glaubenssache ging an die Reichsstände über. So beschlossen Reichsregiment und Reichsstände einmütig im Reichstagsabschied von Speyer 1526¹³: „... mitler zeit des concily oder aber nationalversamlung nichts desteminder mit unsern underthanen ein iglicher in sachen, so das edict durch keyserliche majestät uff dem reychstage zu Wormbs gehalten usgangen belangen mochte, fur sich also zu leben, zu regiren und zu halten, wie ein ider solichs gegen got und keyserliche majestät hofft und vertrauet zu verantworten“. Ob nun die neugläubigen Stände aus dem Wortlaut des Reichstagsabschiedes das Recht ableiteten, tiefgreifende Reformen des kirchlichen Lebens vorzunehmen, oder die altgläubi-

¹³ Vom 27. Aug. 1526. Politisches Archiv des Landgrafen Philipp 1 Nr. 213.

gen bei ihrem Glauben und den überlieferten Ordnungen blieben, sie alle bestimmten hinfort das Bekenntnis ihrer Untertanen. Den evangelischen zumal bot sich die Möglichkeit, die bisherigen Ansätze zum landesherrlichen Kirchenregiment weiter auszubauen, mehr noch: ihren Staat bis in die Tiefe geistig und organisatorisch umzuformen. Der deutsche Territorialstaat war intolerant geworden: Er bestimmte das Bekenntnis seiner Untertanen; fraglich war dabei, ob wenigstens die Gewissensfreiheit der Untertanen gewahrt würde.

Als drei Jahre später der außenpolitisch erfolgreiche Kaiser Karl im zweiten Speyerer Reichstagsabschied den früheren Abschied aufheben, alle Neuerungen bis zum Nationalkonzil verbieten ließ, da protestierte eine Minderheit der Reichsstände¹⁴; sie gab als verfassungsrechtlichen Grund an, ein einmütiger Reichstagsbeschluß könne nur durch einen einhelligen Beschluß wieder geändert werden, „zusamt dem, das auch on das in den sachen gottes ere und unser selen haile und seligkeit belangend ain jeglicher fur sich selbs vor gott steen und rechenschaft geben mus, also das sich des orts keiner auf ander minders oder merers machen oder beschließen entschuldigen kan, und aus andern redlichen gegründten guten ursachen zu tun nit schuldig sein“.

Schon in den Packschen Händeln hatten evangelische Fürsten die Glaubensfrage auf die Ebene der europäischen Politik gehoben, auf der sich der Kaiser so selbstsicher bewegte. Sie verhandelten mit König Franz I. von Frankreich, dem Feind des Kaisers, und mit Fürst Johann Zapolya von Siebenbürgen, dem ungarischen Konkurrenten des Erzherzogs Ferdinand, der inzwischen zum König von Böhmen und Ungarn gewählt war. Ein großes europäisches Bündnis gegen Habsburg strebten in der Folgezeit insbesondere Landgraf Philipp von Hessen und der Züricher Reformator Ulrich Zwingli an. Sie erreichten es nicht; Philipp gelang es nicht einmal, den dogmatischen Zwist zwischen den evangelischen Theologen zu überwinden.

Die Glaubenssache verband und entzweite die Stände des Reiches. Aber immer überschattet wurde sie von der Sorge um die fürstliche „Libertät“, d. h. die Unabhängigkeit der Reichsstände vom Kaiser und vom Hause Habsburg. Zum ersten Male leitete der Kaiser in Augsburg nach achtjähriger Abwesenheit wieder selbst einen Reichstag. Den Reichstagsabschied, den er mit den altgläubigen Fürsten gegen die protestierenden Stände beschloß, beantworteten diese mit der Gründung des Schmalkaldischen Verteidigungsbündnisses. Entscheidend freilich wurde, daß Kaiser und König auf die Hilfe der Reichsstände im Türkenkrieg angewiesen und daher zum Stillehalten in der Glaubensfrage gezwungen waren; und weiter, daß nicht nur die evangelischen, sondern auch altgläubige Reichsstände um der fürstlichen „Libertät“ willen die Wahl Ferdinands zum Römischen König nicht anerkannten und insbesondere, daß Bayern sich dem Schmalkaldischen Bunde trotz der Verschiedenheit im Bekenntnis so weit näherte, daß für die folgenden fünfzehn Jahre geradezu von einem gegen Habsburg gerichteten Bündnis gesprochen werden kann. Und Bayern hielt auch stille, als Landgraf Philipp im Bündnis mit Frankreich im Frühjahr 1534 den 15 Jahre zuvor vom Schwäbischen Bund vertriebenen Herzog Ulrich von Württemberg mit Waffen-

¹⁴ Protestationsschrift vom 20. Apr. 1529. Deutsche Reichstagsakten Jüngere Reihe 7, 2, bearb. von J. Kühn (1935, Fotomech. ND 1963) Nr. 143 S. 1277.

gewalt zurückführte und die Österreicher aus dem Lande trieb. Ungesetzlich und unklug hatte der Kaiser damals gehandelt, als er das eroberte Herzogtum seinem Bruder Ferdinand zu Lehen gab. Unerhört war jetzt, daß die Verbündeten die württembergische Grafschaft Mömpelgard König Franz I. von Frankreich gegen die Zahlung von Subsidien verpfändeten; zum ersten Male wurde Reichsgebiet von deutschen Fürsten um territorialer Ziele willen preisgegeben.

Mißtrauisch und verteidigungsbereit standen sich in der Folgezeit die Bünde der protestierenden und der altgläubigen Reichsstände gegenüber. Das Bild änderte sich, als der Kaiser 1540 wieder nach Deutschland zurückkehrte und nun bis zum Ende seiner Regierung hier blieb. Im Mittelpunkt seines Denkens stand die Dynastie, und darin unterschied er sich von den deutschen Fürsten nicht. Er betrachtete sie als seine Untertanen, sie aber fühlten sich als Teilhaber am Reich. Auch Karl betrieb Territorialpolitik, etwa wenn er dem Herzog von Kleve Geldern entriß und seinen Niederlanden hinzufügte. Aber während der Kaiser seine europäische Politik mit der Reichspolitik in Einklang zu bringen suchte, verzehrten sich die protestantischen Fürsten in kleinlichen territorialen Streitigkeiten untereinander und besonders mit dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel. Gewohnt, eigene Bündnisse zu schließen und die seiner Gegner aufzuknüpfen, zog der Kaiser protestantische Fürsten wie Herzog Moritz von Sachsen und Markgraf Hans von Küstrin zu sich herüber, neutralisierte er andere wie den Landgrafen von Hessen und den Kurfürsten von Brandenburg. Entschlossen, die Glaubensfrage mit den Waffen zu entscheiden, sah der Kaiser sich im Verlaufe des Schmalkaldischen Krieges in seiner Verachtung der deutschen Fürsten bestätigt. Und doch verkannte er die in Jahrhunderten gewachsene Kraft der deutschen Territorien ebenso wie das ausgeprägte Ständebewußtsein der deutschen Reichsfürsten. Wie anders hätte der Kaiser es wagen können, fünf Jahre lang zwei Reichsfürsten, den als Kurfürsten abgesetzten Herzog Johann Friedrich von Sachsen und den Landgrafen Philipp von Hessen, in erbärmlicher Gefangenschaft zu halten? Und auch in der Religionsfrage beurteilte er die Lage falsch. Während manche protestantische Fürsten das ihnen aufgezwungene Interim annahmen, versagten ihnen ihre Untertanen, mit den Pfarrern an der Spitze, die Gefolgschaft. Kein Zweifel, die Landeskirchen waren ihren Schöpfern und Herren entwachsen, fügten sich in den entscheidenden Glaubensfragen der weltlichen Obrigkeit nicht mehr.

So brach eine Welt in Karl, der 1547 so eindrucksvoll die „ungehorsamen Fürsten“ besiegt hatte, zusammen, als Kurfürst Moritz von Sachsen und Landgraf Wilhelm IV. von Hessen sich an der Spitze einer Fürstenverschwörung und im Bündnis mit König Heinrich II. von Frankreich mit den Waffen gegen ihn erhoben. Im Vertrag von Chambord mit König Heinrich II. erklärten die verbündeten Fürsten¹⁵, daß „... ye lenger je mehr unsere religion, die wir vor recht, wahr und christlich ungetzweivelt halten, intzuzeunen und zuletzt gar auszutilgen, derwegen wir nicht möchten verdacht werden ...“. Sie haben in zeitlichen Sachen „... angesehen und zu gemuet gefuret, wie und was massen die römische keyserliche Majestät in viel wege practicirt heimlich

¹⁵ Vertrag von Chambord vom 15. Jan. 1552. Die Zitate nach dem hessischen Vertragsexemplar. Politisches Archiv des Landgrafen Philipp 1 Nr. 1052.

und zum theil öffentlich furo und furo dahin trachtet, wie sie nit allein die chur und fursten, sondern auch die graven, hern vom adel, erbare stett und gemeine underthanen unsers hochgelibten vatterlands der teutschen nation von iren alten liberteten und freiheiten zu einem solchen viehischen, untreglichen und ewigen servitut wie in Hispania und sonsten gesehen wirdet, dringen möchten... “. Daher möchten sie „... mit heres craft und gewaltiger hand das beschwerlich joch des vorgestellten viehischen servituts von uns werfen und die alte libertet und freiheit unsers geliebten vatterlands der teutschen nation acerrime vindiciren und erretten, auch gleicher gestalt die widder erledigung bemelts landgraven Philipssen (der widder aller völker recht, traw und glauben gefemet und gefangen worden) suchen ...“. Aber wie schon im Württembergischen Feldzug reichten die eigenen Mittel der verschworenen Fürsten für den Waffengang mit dem Kaiser nicht aus. Für hohe Subsidien gaben sie Reichsgebiet dem französischen Zugriff preis und gingen so weit, mit dem Verzicht auf die nicht deutschsprachigen Städte Cambrai, Metz, Toul und Verdun sich ein Recht anzumaßen, das ihnen nicht im geringsten zustand.

Bündnis und Aufstand der deutschen Fürsten richteten sich gegen den Kaiser, nicht gegen das Reich. Von einer Reichsfeindlichkeit war keine Rede. Aber wenn die Fürsten im Vertrag von Chambord mehrfach vom hochgeliebten Vaterland deutscher Nation sprachen, dann im Zusammenhang mit seinen Libertäten und Freiheiten, die es zu verteidigen galt. Seit Jahrzehnten verhandelten sie wie souveräne Mächte mit den europäischen Feinden des Hauses Habsburg. Schließlich schreckten sie nicht davor zurück, Gebiete des Reiches um eigener politischer Vorteile willen dem französischen Nachbarn preiszugeben. Sie verstanden das Vaterland deutscher Nation als einen Bund deutscher Fürsten und Städte, als einen Reichsfriedensverband, wie Herr Angermeier sagte. Der Augsburger Religionsfriede schied künftig die weltlichen Territorien gemäß dem Grundsatz „cuius regio eius religio“ nach dem Bekenntnis und gab ihnen damit zugleich das Recht, ihre Untertanen dem landesherrlichen Regiment auch kirchlich vollständig unterzuordnen. Nicht im Reich, sondern in den Territorien war die Staatlichkeit verwirklicht worden. Die politischen Notwendigkeiten der Territorien bestimmten in Zukunft ihr, ihrer Untertanen und des Reiches Schicksal.